



29. April 2010

Landeskanzlei  
z.H. Walter Mundschin  
Rathausstrasse 2  
4410 Liestal  
walter.mundschin@bl.ch

**Stellungnahme: Gesamterneuerungswahlen 2011; Versuchsweise Zentralisierung der Verpackung und des Versands von Wahlprospekten der Parteien**

Sehr geehrte Damen und Herren  
Liebe Landeskanzlei

Vielen Dank für die Einladung zur Vernehmlassung in Sachen: Versuchsweise Zentralisierung der Verpackung und des Versandes von Wahlprospekten der Parteien.

Die Grünen Baselland nehmen dazu gerne wie folgt Stellung:

4.3.

Gemäss der vorliegenden Vernehmlassungs-Vorlage muss jede Partei unabhängig von ihrer Grösse und Stärke gleich viel bezahlen. Dabei muss man jedoch bedenken, dass die vorgeschlagenen 8-16'000 Franken pro Partei nicht gleich viel Geld sind, da z.B. die SVP über x-fach mehr Mitglieder und Mandatsträger verfügt als die etwa die EVP oder Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind.

Es stellt sich überhaupt die grundsätzliche Frage, wieso die Parteien diesen Versand bezahlen müssen? Das Problem, das eigentlich gelöst werden soll, ist jenes: Alle Parteien sollen ihren Wahlvorschlag den StimmbürgerInnen zustellen können. Bisher mussten die Parteien dies in Fronarbeit selber tun (Einpacken) und teils zusätzlich noch den Versand bezahlen (teils übernahmen die Versandkosten die jeweiligen Gemeinden).

Was mit dem aktuellen Vernehmlassungsvorschlag vorliegt, ist nichts anderes als die



Verschiebung von "Fronarbeit" zu "Geld". Also eine Verlagerung des Problems hin auf die monetäre Seite der Parteien. Und das in einem System, in dem wir keinerlei Parteifinanzierung kennen...

Wir schlagen deshalb einen Verteilschlüssel der Kosten gemäss der bei den letzten Landratswahlen erzielten Wähleranteilen vor.

4.4

Ebenso erachten die Grünen Baselland die Regelung zur Mindestbeteiligung als heikel (mind. 5 Parteien) - gerade vor dem Hintergrund des vorgeschlagenen hohen Kostenanteils. Wenn z.B. nur fünf Parteien mitmachen, kostet das für jede 16'000 Franken (z.B. SVP, FDP, CVP, SP und Grüne).

Es ist deshalb - zwingend gekoppelt mit der Entlastung bei der Finanzfrage - auch zu klären, ob die Hürde nicht tiefer gelegt werden sollte, d.h. wenn 4 Parteien mitmachen. Es handelt sich ja um einen Versuch!

Mit den übrigen Punkten sind wir einverstanden.

Wir hoffen, wir können damit einen konstruktiven Beitrag im Hinblick auf die nächsten Wahlen leisten und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Philipp Schoch  
Präsident Grüne Baselland